

Verlag: „Sozialistischer Verlag u. G. m. b. H.“  
Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

# Schlesische

Verlag: „Sozialistischer Verlag u. G. m. b. H.“  
Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. — Durch den Postträger oder durch die Post: monatlich 2,50 RM, vierteljährlich 7,50 RM frei ins Haus. **Postfachkonto, Nr. 23886** „Sozialistischer Verlag, u. G. m. b. H.“, Breslau. **Kupferpreise:** Die Kupferpreise für die Spaltenmischungen oder deren Raum 0,90 RM, für die 1,00 RM. Die Kupferpreise für die Spaltenmischungen oder deren Raum 0,90 RM, für die 1,00 RM. Die Kupferpreise für die Spaltenmischungen oder deren Raum 0,90 RM, für die 1,00 RM.

## Politische Uebersicht.

### Berichterstattung über Spaa.

Wittwoch werden die deutschen Delegierten in Spaa dem Reichsrat Bericht erstatten. Die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder sind nach Berlin geladen worden. Am Donnerstag vormittag wird sich der Reichswirtschaftsrat mit dem Ergebnis von Spaa zu beschäftigen haben.

### Die steigende Arbeitslosigkeit.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich, wie es infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten war, weiter gewachsen ist. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. Juli 238 618, die der weiblichen Erwerbslosen 78 573, also insgesamt 317 191, gegen 296 183 am 15. Juni und 270 673 am 1. Juni. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 283 793 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 12. April d. J.

### Arbeiterentlassungen

werden fortgesetzt in allen Teilen des Reiches vorgenommen. Die Wiktäre der Unternehmer zeigt sich kraß.

### Emonts außer Verfolgung gesetzt.

Nachdem vor 14 Tagen der Haftbefehl gegen den Leiter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Genossen Emonts, aufgehoben worden ist, hat nunmehr auch die Staatsanwaltschaft das Hochverratsverfahren gegen ihn wegen mangelnden Tatverdachts eingestellt. Auch diese Blamage hätte man sich eripen können.

### Das Stahlbad des Krieges.

35 Millionen Menschenopfer!

Über sechs Millionen Deutsche als Verlust!

Die Pariser Kommission für Untersuchung der Tatsachen des Weltkrieges hat nunmehr über ihre Arbeiten ein abschließendes Bericht vorgelegt, aus dem der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ einige Schlusssätze veröffentlicht. Die zehn am Weltkriege beteiligten Länder zählten im Jahre 1913 rund 400 Millionen Einwohner, deren Zahl sich unter normalen Verhältnissen bis zum Jahre 1919 auf 424 Millionen erhöht haben würde. In Wirklichkeit aber hat sie bis 1919 um 11 Millionen auf 389 Millionen abgenommen. Insgesamt beträgt also der Kriegsverlust 35,1 Millionen Köpfe, der sich folgendermaßen verteilt: 9 829 000 Personen sind im Kriege gefallen, 5 800 000 starben infolge von Blockade und Infektionskrankheiten, 20 250 000 wurden infolge des Geburtenrückganges während des Krieges nicht geboren.

Von 60 Millionen Deutschen sind 2 000 000 gefallen, 700 000 starben infolge der Blockade und Krankheiten, 3,6 Millionen kommen auf den Geburtenrückgang. Das französische Kriegsministerium machte bekannt, daß Frankreich im Kriege 1 358 872 Mann verloren habe, unter ihnen sind 361 854 als vermisst gemeldet, die man auch als verloren annehmen kann.

Entsprechend diesen furchtbaren personellen Opfern, die der Menschheit durch den Weltkrieg auferlegt wurden, sind die materiellen Verluste. Sie lassen sich auch nicht annähernd in Zahlen ausdrücken.

### Die Flucht aus der 2. Internationale.

Wie dem Richter „Volsrecht“ aus Preßburg gebräht wird, hat die deutsch-magyarische Sozialdemokratie nicht nur mit der 2. Internationale gebrochen, sondern auf ihrem Parteitag mit 46 gegen 24 Stimmen den sofortigen Ausschluß an die 2. Internationale beschlossen. Der bisherige Parteivorstand einschließlich des Abgeordneten Wittich legte als Protest gegen den Beschluß sein Amt nieder.

### Bela Kun,

der ehemalige ungarische Volkskommissar, und Genossen haben Wien verlassen und sich nach Rußland begeben.

### Bravo!

Aus Wien wird gemeldet: Der Verband der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter erteilte seinen Vertrauensmännern die Weisung, auf den einzelnen Gutshöfen mit der Beschlagnahme der Ernte zugunsten der Landesregierung entsprechend den ausgegebenen Vorschriften vorzugehen. Die Beschlagnahme verläuft ohne Zwischenfall, die Erntearbeiter vollziehen sich ungehört.

Das ist in Deutsch-Österreich möglich, weil dort die Bewaffnung der Landwirte verhindert wurde. In der deutschen Republik haben die Rechtssozialisten solche Entwicklung unmöglich gemacht!

### In Italien

sind neue Streiks der Landarbeiter, Eisenbahner und Metallarbeiter ausgebrochen. Die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Lage nimmt weiter zu.

### Polen.

#### Der Siegeszug der Volksgewissten geht weiter.

Im Raum Baranowitschi und Sluzk wird der Vormarsch erfolgreich fortgesetzt. Kamenez-Podolsk wurde genommen. — Der Militärkritiker der „Jewestia“ schätzt die bisherigen polnischen Verluste auf ein Drittel des Gesamtbestandes der Armee. — Nadel schreibt über den russisch-polnischen Krieg, daß der Endsieg noch nicht erlangt sei. Polen werde jedenfalls einen Frieden zu solchen Bedingungen erhalten, daß friedliche wirtschaftliche Arbeit gesichert sei. Rußland habe die Verbündeten oft gewarnt, Polen in seiner Angriffslust zu ermahnen. Jetzt, wo Rußland in gerechter Abwehr neue und große Opfer bringen muß, sei es völlig ausgeschlossen, daß Rußland an die Begleichung seiner Kriegsschulden auch nur denke. Die französischen Sparner mögen sich an ihre Regierung wenden, die das polnische Abenteuer ermöglicht habe. Sie mögen jede Hoffnung aufgeben, daß das russische Volk seinen eigenen Mordern zahle, Rußland habe keinerlei Nachsicht gegen Polen, es erkenne seine Unabhängigkeit an und wünsche in freundschaftlichem Einvernehmen mit ihm die Wunden zu heilen, die dieser vom polnischen Volk selbst nicht gewünschte Krieg verursacht habe.

Die P. P. S., die berüchtigte Scheidemännische Auflage in Polen, ruft zum nationalen Verteidigungskampf auf. Dadurch wird aber das Ende nicht aufgehalten werden.

#### Nadel über die Krassinverhandlungen.

Nadel schreibt: „In einigen Tagen wird Krassin nach London zurückkehren (was, wie gemeldet, inzwischen erfolgt ist; die Red. d. Arb.-Ztg.). Die Resultate der Unterhandlungen mit der englischen Regierung sind für uns günstig. Ein politischer Waffenstillstand zwischen Rußland und England kann zum Friedensschluß, aber auch zu einem neuen Krieg führen. Deswegen müssen wir auf der Hut bleiben. Nur die Siege unserer Truppen werden Frankreich, Amerika und Japan zwingen, dem englischen Beispiel zu folgen. Zudem die englische Regierung von uns den Verzicht auf die Propaganda gegen den britischen Imperialismus verlangt, beweist sie die Wichtigkeit und die Wirkung dieser Propaganda. Und sollte die englische Regierung ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, so werden wir unverzüglich dieses Wächtmittel in Bewegung setzen.“

und erstklassige Kriegsschiffe, U-Bootschlepper, Annerionist, Wetzlerförer und Wertheimser im okkupierten Gebiet, Gewinner und skrupelloser Bedrücker der Bevölkerung im ehemals besetzten Belgien und Frankreich — der kalte, christliche, hypertypikalistische Alldutsche als Repräsentant Deutschlands (des deutschen Kapitals) in Spaa. — Es ist bekannt, weshalb die Spaaer Konferenz überhaupt einberufen wurde und welche Punkte (konkret gemeint) hauptsächlich erörtert und fixiert worden sind. Aber das Proletariat hätte sich wohl, auf den Schwindel der bürgerlichen Leitartikel, Ideologien und Lamentos über die Konferenz hereinzuwerfen; es vergesse nicht, daß in Spaa eine Zusammenkunft von politischen und wirtschaftlichen Vertretern kapitalistischer Staaten stattfand, und daß kapitalistischer Wille, kapitalistische Politik, stets (direkt oder auf Umwegen) gegen das Proletariat, gegen die Lohnparias gerichtet ist. Und die Solidarität der Kapitalisten zur vollständigen internationalen Brüderlichkeit wächst mit dem Fortdrängen der sozialen Revolution, des Volksgewissten.

Die Hauptpunkte, die auf der Konferenz behandelt und nach Feilschen, Stöckungen, Komödie, Schall und Rauch zum formellen Abschluß gebracht wurden (die bürgerlichen Sonderberichterstattungsgeschmökchen machten seit — wie im Kriege — in Sensationsanfug und Illustrationsklistich) sind bekanntlich: Waffen und Kohle.

### II.

Es ist in den Spalten dieser Zeitung schon mehrfach betont worden, daß die von der Entente geforderte Entwaffnung Deutschlands in Wirklichkeit die restlose Entwaffnung der deutschen Revolution bezweckt. Die Reichswehr, das Hauptinstrument der deutschen und weiter der internationalen Bourgeoisie gegen das deutsche Proletariat, gegen den Sozialismus soll (eben zur Niederhaltung des Proletariats) erst bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann reduziert sein, während sie ursprünglich schon jetzt diesen Stand erreicht haben sollte; man braucht aber nicht die Gabe der Prophetie zu besitzen, um vorauszusagen, daß auch dann diese Zahl keinesfalls erreicht sein wird, es sei denn, daß durch den Sieg der sozialrevolutionären Bewegung die Reichswehrfrage überhaupt nicht mehr aktuell ist. Die Sicherheitswehren sollen „umgeformt“ und die Einwohnerwehren völlig aufgelöst werden. Nun, es war ein verhängnisvoller Irrtum, zu bezweifeln, daß die „Umformung“ im Sinne der Erhaltung des bürgerlich-kapitalistischen Staates geschehen wird; d. h. der Glaube an eine faktische Verringerung, an eine wirkliche Entmilitarisierung der grünen Bürger-Truppe ist eine gefährliche Illusion. Es wird sich so gut wie nichts ändern, nur der Reinigungsprozeß von allen proletariatsfeindlichen Elementen wird eine Beschleunigung erfahren. Die Sicherheitswehren — die zweite Kerntruppe der Bourgeoisie. Und gibt es wirklich noch so politisch naive Gemüter, die die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren, dieser reaktionären Hochburgen im kleinen, für ein Ding der Möglichkeit halten? Man lasse sich nicht auslachen. Freiwillig werden sie sich nie auflösen, ihre Waffen abgeben, und mit Gewalt? Sie müßte von der Reichs- und Sicherheitswehr angewandt werden, aber hat eine Kräfte der anderen die Augen aus? Bekämpfen sich vielleicht konterrevolutionäre Organisationen untereinander?

Fortgesetzt bekunden bekanntlich die Einwohnerwehren, daß für sie die Auflösungsforderung Luft ist. So wird, um nur ein ganz besonders krasses, regierungsinteressantes Beispiel anzuführen, aus Würtemberg gemeldet:

„Das, was sich aber augenblicklich in Würtemberg abspielt, kann nur als eine ungeheure Provokation aufgefaßt werden. Die Deutschnationalen (Bürgerpartei) stellen im Würtembergischen Landtage die „kleine Anfrage“ an die Regierung, was sie gegenüber den Abmachungen in Spaa in der Abrüstungsfrage (Auflösung der Einwohnerwehr, Polizeiwahren und Zeitfreiwilligenformationen) zu tun gedenke. Die Regierung antwortete, daß sie ihre Antwort auf jene Verhandlungen bereits im voraus durch ihr bekanntes Telegramm an die Reichsregierung gegeben, ihre Spaa gesprochen habe, nämlich, daß sie nicht daran denke, die genannten Formationen aufzulösen. Dabei bleibe es.“

Um aber auch den interessierten Stellen zu beweisen, daß es der Würtembergischen Regierung ernst sei mit ihrer Krastmeierei, betreibt sie ihre militärischen Rüstungen dauernd weiter. Die Einwohnerwehren verschieben Aufforderungen an ihre Mitglieder, sich neue Ausweise bei ihren Leitungen zu besorgen. In den letzten Tagen wurden in den Kasernen in Stuttgart etwa 3000 Zeitfreiwillige erneut eingeeiltet und stehen in Mannbereitschaft.“

Und ist es nicht mehr oder minder im ganzen Reich so?

## Bilanz.

I.  
D. Li. Eine der bürgerlichen Sensationen dieses Jahres ist wieder vorüber: Spaa. Am Freitag wurde die Konferenz nach Erledigung der „kritischen“ Kohlenangelegenheit geschlossen. (Die Schlußzeit in der Sonnabendnummer der „Schle. Arb.-Ztg.“: „Die Komödie in Spaa geht weiter“, beruhte also auf einem Irrtum.) Die Wiedererwünschungsfrage (Reparation) soll in einigen Wochen in der Schweizer-Stadt Genf behandelt werden, d. h. die Entente will bona so freundlich sein, Deutschland (in der Praxis dem deutschen Proletariat) das Fikt der sogenannten Wiedererwünschungsfrage anzuhängen, das je nach der politischen Situation, nach dem Entwicklungsgrad der sozial-revolutionären, volksgewissten Bewegung einen mehr oder weniger

schlimmen Ballast darstellen wird. Was geschah in Spaa? Es wurde um die „gottgewollte“ Erhaltung des gottverfluchten internationalen Kapitalismus im allgemeinen und des französischen im besonderen ein diplomatisches Theater gespielt. Wer waren die Akteure? Herren diesseits und jenseits des Sieges aus dem imperialistischen Dauerword genannt Weltkrieg, sogenannte Staatsmänner von der überlegenen (Entente) und unterlegenen (Deutschland) Gruppe, Beauftragte ihrer Kapitalisten, alle aber letzten Endes Brüder in der goldenen Internationale der Kapitalisten — die Bourgeois Lloyd George, Millerand (Staatsmänner); Jehrenbach, Gehler (Staatsmännchen) und auch (als Sachverständiger!) Herr Hugo Stinnes. Hugo Stinnes, Der deutsche Wirtschaftstona, Sllavenhalter, Meinnastfabrikant



Der Schwerpunkt aber liegt in der Ent-  
waffnung der Bevölkerung überhaupt. Mühsig  
zu sagen, daß unter der Bevölkerung das Proletariat  
gemeint ist. Aber glaubt jemand, daß die schwer und  
schwerbewaffnete Bourgeoisie, die Junker, Studenten, ihre  
Tötungsinstrumente freiwillig abgeben, resp. sie ihnen ge-  
waltfam abgenommen werden? Ausgeschlossen, unmöglich.  
Die von dem ententistischen Bürgertum geforderte und von  
den Söldnern des deutschen Bürgertums durchzuführende Ent-  
waffnungsaktion richtet sich ausschließlich gegen das  
Proletariat, gegen die Arbeiter, gegen das  
Gespenst der roten Revolution. Aber besitzen  
dann die Arbeiter überhaupt Waffen? So gut wie gar  
nicht. Es war ja von Anfang an das Verdienst rechts-  
sozialistischer Politik, das Proletariat, die Revolution zu  
entwaffnen und das Bürgertum, die Konterrevolution zu be-  
waffnen. Aber auch das letzte verroste Seitengewehr, der  
zersplitterte Handgranatenfidel soll den Arbeitern fortge-  
nommen werden. Man wird sie durch amtliche Bekannt-  
machungen einschüchtern, und sie werden schon freiwillig  
geben, was von ihnen gefordert; doch wehe, wenn sie dem  
Ablieferungsdiikat nicht sorglich nachkommen werden. Die  
Brutalität des weißen Schreckens wird wiederum über  
das gehetzte, gequälte deutsche Proletariat kommen zu Zweck  
und Nutzen der Erhaltung des deutschen und internati-  
onalen Kapitalismus. Das ist der Sinn des Spaer  
Entwaffnungsabkommens, und die Entente wird aus Selbst-  
erhaltung gar nicht daran denken, die Strafbestimmung des  
Vertrags anzuziehen, im Gegenteil. In Spaer sah die  
Internationale der Konterrevolution! (Schluß folgt.)

## Aus der Internationale.

### Horthy-Ungarn.

#### Der Wiener ungarische Gesandte leugnet nicht den weißen Terror!

Der „Daily Herald“ vom 13. Juli meldet, daß in der  
Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Brüssel  
der Sekretär Fiamen einen Bericht über seine Verhandlung  
mit dem ungarischen Gesandten Dr. Graß in Wien erstattet  
hat. In dem Bericht teilte Fiamen mit, daß der ungarische  
Gesandte die Existenz des weißen Terrors in  
Ungarn nicht leugnete, er behauptete nur, daß er nicht  
so groß sei, wie es angenommen wird, er entschuldigte die  
Offiziersbande und versuchte den Beweis zu führen, daß die  
ungarische Regierung für den Terror nicht verantwortlich ge-  
macht werden kann. Graß machte dies weiteren anerkennen,  
daß die von der ungarischen Regierung im Parlament ge-  
machte Mitteilung, daß die Regierung die vom 10. März  
datierte Boykottanfrage des Gewerkschaftsbundes nicht erhalten  
habe, der Wahrheit nicht entspricht. Der Brief kam an, die  
ungarische Regierung gerichte aber nicht zu antworten.

### Neue Blutpläne.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet von dem Plan  
einer bevorstehenden Bartholomäusnacht in Budapest.  
Die Offizierskorps planen die Ermordung aller politischen  
Gefangenen, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiter-  
führer. Große Judenprozesse sollen ebenfalls geplant  
sein. Die Abreise der Budapest-Ententevertreter steht bevor.  
Der Boykott wird weitergeführt.

### Harret aus.

Wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet, erklärten am  
4. Juli über Budapest ein russisches Flugzeug, das eine große  
Menge in ungarischer Sprache verfaßter Flugblätter hinunter-  
warf und die Aufforderung an die ungarische Arbeiter-  
schaft richtete, nach kurzer Zeit in Gebäu anzuhalten, bis  
die Stunde der Befreiung für sie geschlagen haben werde.

### A. Lenin.

#### Werden die Bolschewiki siegen?

Uebersetzt von Senipp.  
(s. Fortsetzung.)

Auch in der Revolution von 1917 kann davon noch  
keine Rede sein, da die Faust von einigen Monaten noch zu  
lang ist und, was die Hauptsache ist, die sozialrevolutionären  
und menschenwürdigen Führer haben die Sowjets propagiert,  
haben sie auf die Rolle von Schwächlingen, von Zugaben zur  
bürgerlichen Politik der Führer herabgedrückt. Unter der  
Führerschaft der Berestelli, Dan, Ljebnow usw.  
sagen die Sowjets sichlich zu modern und zu verstanden an  
Kühnheit und voll können die Sowjets ihre Fähigkeiten nur  
entwickeln, wenn sie die ganze Staatsmacht übernehmen,  
denn jetzt haben sie nichts zu tun, sonst sind sie eben er-  
weder Feind (und zu lange kann man nicht Feind bleiben)  
oder Spionage. Der jetzige Zustand der Halbmacht bedeutet  
Lähmung der Sowjets.

Wenn die Bolschewiki die revolutionären Klassen  
gibt die Sowjets geschaffenes hätte, wäre die proletarische  
Revolution in Rußland ein hoffungsreiches Werk, denn mit  
dem alten Apparat konnte das Proletariat zum Sieg keine  
Macht nicht bekämpfen und einen neuen Apparat kann  
man gar nicht leicht schaffen. Die uralte Geschichte  
der Berestelli-Nichtrevolutionäre Propagierung der Sowjets, die  
Geschichte der „Kosaken“ ist zur gleichen Zeit die Geschichte  
der Heilung der Sowjets von überbürgerlichen Massen,  
bittere Durchführung durch das „Fegfeuer“ des proletarischen  
Klassenkampfes und des Übergangs aller und jeder  
bürgerlichen Revolution. Werden wir hoffen, daß dieses „Feg-  
feuer“ die Sowjets nicht einzuengen, sondern gereinigt hat.

Die größte Schwierigkeit der proletarischen Revolution  
besteht in der genaueren und gewissenhaftesten Kontrolle und  
Berechnung in großem, staatlichen Maßstab, der Arbeiter-

## Republik Deutschland

### Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung.)

I.

Während der Wahlbewegung wurde in Bayern der  
Kommunist Wilhelm Gildermann widerrechtlich in  
Schuhhaft genommen und ist heute noch nicht frei-  
gelassen. Auf eine Beschwerde erhielt er folgenden Bescheid:  
München, 28. Juni 1926. Aus Anlaß der Beschwerde  
des Schriftleiters Wth. Gildermann; zurzeit in Schuhhaft im  
Anstaltgefängnis in Ginzburg a. D., gegen den Be-  
schluß des Beiraters des Staatskommissars für Mittelfranken  
vom 22. 4. 20 hat das Staatsministerium des Innern die  
Verhandlungen geprüft. Ein Grund zur Änderung der  
auch vom Beschwerdegericht beim Landgericht Würzburg am  
30. 4. 1920 bestätigten Entscheidung ist dabei nicht wahr-  
genommen worden. gez.: Dr. von Kahr.

II.

Im Reichsministerium des Innern werden die bisher  
in verschiedenen Abteilungen bearbeiteten polizeilichen An-  
träge

### Revolution ist Gewalt.

Eine Revolution bedeutet, daß eine Klasse der anderen ihren  
Willen diktiert. Die Bedingung, die Realität einer Revolution  
stellt, besteht darin, daß sie zwar das Recht habe, der Bourgeoisie  
ihren Willen zu diktiert, aber sie ist dabei verpflichtet, der  
Bourgeoisie die Möglichkeit zu geben, durch Preisfreiheit, von der  
konstituierenden Versammlung aus, ihre Klagen vorzubringen.  
Diese geistreiche Forderung eines sachgemäßen Dueralanten, dem  
es nicht darum ankommt, ob er Recht kriegt, sondern nur darum,  
daß er seine Anklage an den Mann bringen kann, könnte abstrakt  
genommen, erfüllt werden, ohne der Revolution zu  
schaden; aber die Revolution besteht eben darin, daß sie ein  
Bürgerrecht ist, und Klassen, die sich mit Kanonen und  
Machtmitteln bekämpfen, verzichten auf das  
Sommerliche Redewort. Die Revolution diskreditiert nicht  
mit ihren Feinden, sie zerschmettert sie, die  
Konterrevolution tut daselbe, und beide werden  
den Vorwurf zu tragen müssen, daß sie die Geschäftsordnung des  
deutschen Reichstags nicht beachtet haben.

(Karl Kautsk: „Die Entwicklung des Sozialismus von der  
Wissenschaft zur Tat.“)

gelegentlichen öffentlichen Ordnung und Sicherheit, Aus-  
nahmestunden, Sicherheitswehren, Einwohnerwehren, Wasser-  
schutz, Technische Nothilfe) nunmehr in einer hierzu besonders  
gebildeten Abteilung einheitlich bearbeitet. Mit der Leitung  
dieser Abteilung ist bis auf weiteres der Reichskommissar  
für die öffentliche Ordnung, Kuenzler, bisher Gendarmerie-  
oberst in Baden, beauftragt. — Diese Einrichtung der  
politischen Polizei mit all ihren verruchten Instrumenten  
(Lockspiegel usw.) richtet sich natürlich gegen das Pro-  
letariat.

III.

### Das „S. L.“ meldet aus Gotha:

In Gotha, wo seit zwei Wochen die Bürgergesellschaft durch  
anonyme Bekanntmachungen und Briefe, unterzeichnet die  
Mitleidende rote Kanne, Abteilung Gotha, mit Falsch-  
anlagen und Androhungen in Erregung versetzt wurde, hat  
man jetzt den Täter in der Person des 19-jährigen  
Oberrealislers Franz Laurent ermittelt. Laurent,  
der Führer der dortigen deutschnationalen Jugendgruppe und  
eifriger Träger des Sanktetrans in, erklärte bei seiner Fest-  
nahme, er habe das Bürgertum aufzuteilen wollen. Man  
sah bei ihm noch eine Menge vorbereiteter Akate, mit  
denen er erneut Unheil verüben wollte.

IV.

In Berlin, Dravienburger Straße 67, befindet sich  
unter dem Namen „Deutsche Wirtschaftshilfe“  
eine Geheimorganisation der Rechtsparteien, die Hunderte  
von bezahlten Spionen und Provokateuren unterhält. Das

Kontrolle der Produktion und Verteilung der  
Waren.

Wenn die Schriftsteller aus der „Kowaja Schin“ uns  
früher vorgeworfen haben, wir verfallen in den Spudalismus,  
wenn wir die „Arbeiterkontrolle“ fordern, so ist dieser  
Vorwurf ein Musterbeispiel für die schäblichste naive Anwen-  
dung eines „Marxismus“, der nicht durchdacht, sondern nur  
anwendbar gelernt ist. Der Spudalismus verneint entweder  
die revolutionäre Diktatur des Proletariats überhaupt oder  
bringt sie, wie die politische Macht überhaupt an letzte Stelle.  
Bei uns dagegen nimmt die Diktatur des Proletariats die  
erste Stelle ein. Wenn man im Sinne der „Kowaja Schin“  
sagt: nicht Arbeiterkontrolle, sondern Staatskontrolle, so er-  
halten wir eine bürgerlich-reformistische Phrase, eine liberale  
Formel, denn gegen die Teilnahme von Arbeitern an der  
„Staatskontrolle“ haben auch die Radikalen nichts einzuwenden.  
Die gegenrevolutionären Radikalen wissen ganz genau, daß  
eine solche Teilnahme das beste Mittel ist, die Arbeiter zu  
betrügen, das beste Mittel einer verfeinerten Bestrafung der  
Berestelli, Genshew, Wilitin und dieser ganzen Bande.

Wenn wir von der „Arbeiterkontrolle“ sprechen und  
diese Lösung neben die der Diktatur des Proletariats stellen,  
so ist damit erklärt, von was für einem Staat die Rede ist.  
Der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft. Welcher  
Klasse? Wenn der Bourgeoisie, dann ist es die demokratische  
Kornilow-Serenskijsche Staatsform, unter der das  
Arbeitervolk in Rußland schon seit einem halben Jahre leidet  
und leidet. Wenn des Proletariats, wenn es sich um den  
proletarischen Staat handelt, d. h. um die Diktatur des  
Proletariats, so kann die Arbeiterkontrolle zu einer das ganze  
Volk umfassenden, allgemessenen, gewissenhaften und gewissen-  
haftesten Berechnung der Produktion und der Verteilung der  
Produkte werden.

Das liegt die Hauptschwierigkeit, die  
größte Aufgabe der proletarischen, d. h. sozial-  
istischen Revolution. Ohne die Sowjets wäre diese  
Aufgabe, wenigstens für Rußland, unlöslich. Die Sowjets  
sind eine Organisationsarbeit des Proletariats, die im-

Geld — jährlich mehrere Millionen — liefern Stinnes,  
Krupp, Thyssen und die Großbanken.

V.

### Die „Leipziger Volkszeitung“ meldet:

Genossen von Leukisch beobachteten bei einer De-  
monstration einen Mann, der sich durch weit abstehenden  
Mantel verdächtig machte. Die flüchtige Verführung bestätigte  
den Verdacht. Er wurde verhaftet und einem Schutzmann  
übergeben. Der Mann heißt Vaukschüler Gustav Konrad  
Petra (Leipzig-Reuditz, Lillienstraße 19, III. Der Lump  
trug einen Kameerevolver geladen und entfiel in der  
Wohlfahrt. Die Frage des Schutzmanns nach Munition  
wurde verneint, trotzdem förderte die Untersuchung drei Rahmen  
(24 Stück), weiter zwei Eierhandgranaten, einen Dolch, einen  
Schlagring sowie eine Brüsttafche voll Geld jutage, so daß  
die Vermutung nahe liegt, daß es ein bezahltes Subjekt ist.  
Er gab an, die Waffen von früher zu haben, war aber  
im Besitze eines Waffenscheins und einer Erlernungsmark.  
Früher war Petra als Zeitschreiber in Leipzig.

VI.

Das berüchtigte Raumburger Schwurgericht hat  
jetzt 14 Arbeiter, die sich an dem Kampf gegen das  
kappistische Militär bei Raumburg beteiligt hatten,  
zu insgesamt 76 1/2 Monate Gefängnis und 350 Mk.  
Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 74 1/2 Monate  
Gefängnis beantragt.

VII.

Die Halleische Strafkammer unter dem Vorsitz des  
Landgerichtsdirektors Meyband hat den Genossen Hans  
Ferdinand, den Bruder des zu 5 Jahren Gefängnis  
verurteilten ehemaligen Militärbevollmächtigten  
von Halle, Fritz Ferdinand, zu 1 1/2 Jahre Zucht-  
haus wegen „Verleitung zum Meide“ verurteilt, weil er  
sich bemüht hatte, die beiden übelsten Spiegel Hartung und  
Weider im Zeugenzimmer während des Kilianprozesses zu  
entlastenden Aussagen in der Sache seines Bruders zu  
beeinflussen. Die beiden Spiegel hatten nichts eiligeres zu  
tun, als den jungen Genossen, der aus Angst um seinen  
Bruder gehandelt hatte, vor Gericht zu denunzieren, so daß  
der bisher Unbestrafte jetzt ins Zuchthaus wandern muß.  
Noch schlimmer liegt der Fall des Genossen Redleithner,  
der auf völlig unglaubhafte Aussagen von Spiegel hin  
gleichfalls wegen „Verleitung zum Meide“ zu 1 1/2 Jahren  
Zuchthaus verurteilt wurde. In diesem Prozeß wurden  
wiederum alle Entlastungszeugen, die der U. S. P. ange-  
hörten, von vornherein als unglaubwürdig bezeichnet.  
(Die Chronik wird fortgesetzt.)

### Verlogene Hehe.

Die deutsche Presse ist dauernd überschwemmt mit an-  
geblichen Greueln der schwarzen Truppen im besetzten  
Gebiete. Selbstverständlich verurteilen auch wir aufs schwerste  
die Ausschreitungen, die sich irgendwelche Militärs gegen die  
Bevölkerung, vor allem gegen die Frauen, zuschulden kommen  
lassen. Wir sind aber überzeugt, daß diese Ausschreitungen  
nicht eine besondere Eigenart marokkanischer Truppen  
sind, sondern sich überall da finden, wo Truppen längere  
Zeit ihren Lagerort aufschlagen. Alle die mitgeteilten „Greuel-  
taten“ der Marokkaner sind in kaum geringeren Umfang von  
den russischen Truppen in Ostpreußen, aber auch von deutschen  
Truppen in Polen, Belgien und dem besetzten Frankreich be-  
gangen worden. Wir müssen es deshalb ablehnen, uns wie  
die bürgerliche Presse zu einer Massen-Propaganda-Hehe gegen  
die schwarzen Truppen herzugeben. Die bürgerliche Presse  
indefien ist noch allzu gern bereit, den Weisungen der Re-  
gierung in dieser Frage Folge zu leisten. Fast das ge-  
samte Material, das die Presse veröffentlicht, stammt eigentlich  
nicht von ihr selbst, sondern wird durch die amtlichen Stellen  
in Berlin und durch ihre sorgfältig geschaffenen Kanäle in die  
Presse geleitet. Die Regierung scheut sich dabei nicht, selbst  
die dümmsten und lächerlichsten Verleumdungen der Presse als  
Tatsachen vorzusetzen. So wurde kürzlich in einem Presse-

stande ist, eine Aufgabe von welthistorischer Wichtigkeit zu  
lösen.

Hier sind wir an die andere Seite der Frage vom  
Staatsapparat herangekommen. Außer dem hauptsächlich  
unterdrückenden Apparat eines stehenden Heeres, der Polizei,  
des Beamtentums, gibt es im modernen Staat einen Apparat,  
der aufs engste mit den Banken und Syndikaten verbunden ist,  
einen Apparat, der eine Menge Registrier- und Berechnungs-  
arbeit ansührt, wenn man sich so ausdrücken darf. Diesen  
Apparat soll und darf man nicht zerschlagen. Man muß  
seine Unterordnung unter die Kapitalisten aufheben, man muß  
die Fäden der kapitalistischen Beeinflussung abschneiden und  
diesen Apparat den proletarischen Sowjets unterordnen, ihn  
breiter, umfassender und vollständlicher machen. Und das  
kann man machen, indem man sich auf die Einrichtungen stützt,  
die schon vom Großkapital verwirklicht sind (wie über-  
haupt die proletarische Revolution sich nur  
auf die Eroberungen eines fortgeschrittenen  
Kapitalismus stützend ihr Ziel erreichen kann.)

Der Kapitalismus hat einen Apparat der Berechnung  
herorgebracht, wie Banken, Syndikate, Post, Konsumgenossen-  
schaften, Gewerkschaften. Ohne die Großbanken wäre  
es nicht möglich, den Sozialismus durchzu-  
führen.

Die Großbanken bilden jenen „Staatsapparat“, den wir  
zur Verwirklichung des Sozialismus brauchen und den wir  
vom Kapitalismus fertig übernehmen, wobei es als unsere  
Aufgabe erscheint, das abzuschneiden, was diesen vorzüglichsten  
Apparat kapitalistisch verkrüppelt; ihn noch größer, demo-  
kratischer und umfassender zu gestalten. Die Quantität wird  
übergehen in Qualität. Eine einzige riesenhafte Staatsbank  
mit Filialen in jedem Dorfe, in jeder Fabrik, das sind schon  
wenn Gehalt eines sozialistischen Apparats. Das ist  
eine Durchführung im Staatsmaßstab, eine Berechnung der  
Produktion und der Verteilung der Produkte des ganzen  
Landes, sozusagen ein Skelett der sozialistischen Gesellschaft.  
(Fortsetzung folgt.)



Empfang vom Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, daß in zwei Fällen nachgewiesen sei, daß Frauen im besetzten Gebiet die Kinder, die sie von Marokkanern gehabt haben, umgebracht hätten. Zuweisen dieser Vorgang ein Beweis für die Greuelthaten der Marokkaner sei, konnte der Vertreter des Auswärtigen Amtes nicht erklären. Er schien aber auch nicht zu bezweifeln, daß er mit dieser Mitteilung im Gegenteil den Beweis dafür erbracht, daß nur allzuvielen Frauen den Verkehr mit den Schwarzen nur gar zu gern suchen. Mehrere solche Fälle hat die Regierung in schriftlicher Aufzeichnung den Pressevertretern zugehen lassen. Ja, sie hat eine ganze Broschüre mit solchem Material gefüllt und der Presse zugeleitet. Der größte Teil dieser "Greuelthaten" ist völlig unbewiesen, ja, die Darstellung zeigt sehr häufig, durch die Widersprüche, die sie enthält, daß sie weit entfernt von der Wahrheit ist. Es muß immer wieder betont werden, daß mit solcher verlogenen Hege lediglich dem Interesse des deutschen Volkes geschadet wird, vor allem dadurch, daß durch die falschen Beschuldigungen auch die gerechten Vorwürfe diskreditiert werden und daß man nach Aufdeckung der befundenen Greuelthaten nicht erwarten kann, daß das Ausland die wirklich geschehenen glaubt.

### Die trostlose Ernährungslage in Deutschland.

In einer vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in Spaa der Entente überreichten Denkschrift über die deutsche Ernährungslage heißt es, daß die Ernährung der deutschen Bevölkerung nach dem Kriege noch sehr schlecht sei. Die Lage sei heute tatsächlich so, daß die breiten Massen der Bevölkerung stark unterernährt und ihre Nationen ungenügend sind. Auf der anderen Seite könnten sie sich infolge der Teuerung ihre unzureichenden Rationen nicht einmal kaufen. Die Denkschrift verweist dann auf die Notwendigkeit der ausländischen Unterstützung der deutschen Ernährung und erklärt, daß sich der Einfuhrbedarf Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr auf 2 Millionen To. Brotgetreide, 2 Millionen To. Futter, 750 000 To. Getreide, 1 800 000 To. Fleisch u. Speck, 144 000 To. Fett, 500 000 To. Fische und ferner zur Hebung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion auf 500 000 To. Rohphosphat und 350 000 To. Schwefelsäure belaufe.

Die Schilderung des Reichsernährungsministers trifft durchaus zu. Leider sind bisher in Deutschland selbst die Konsequenzen daraus noch nicht gezogen worden. Hat doch die Regierung eine abermalige künstliche Erhöhung der Preise für Brotgetreide und andere Lebensmittel vorgenommen, wobei das Unvermögen der breiten Massen, die ihnen zustehenden Rationen zu erwerben, noch verstärkt wird und damit die Summe von Not, Elend und Unterernährung, die infolge des Krieges über die nichtbesitzenden Schichten der deutschen Bevölkerung kam.

### Straflosigkeit der Abtreibung.

Ein Antrag der U. S. P. im Reichstag. Nach dem deutschen Strafgesetzbuch bedrohen schwere Strafen jede Frau, die einen Abtreibungsversuch unternimmt. Daß diese Strafen kein Hindernis für Abtreibungen bilden, weiß jedermann. Ihre einzige Folge war die, daß Abtreibungsversuche von nichtkundigen, leichtfertigen Elementen unternommen wurden und daß dadurch die gesundheitlichen Gefahren der Abtreibung außerordentlich verschärft wurden.

In anderen Ländern bedrohen keine oder nur geringe Strafen die Abtreibung. Dem militärischen Deutschland blieb es vorbehalten, sich jeden Mittels zu bedienen zur Erschwerung der Geburtenkontrolle. Heute, nach der Revolution, steht aber der Gedanke, dem "Kaiser Soldaten zu liefern", nicht mehr so im Vordergrund. Man könnte deshalb erwarten, daß gerade auf diesem Gebiete eine Reform unserer Strafgesetzgebung sofort eintreten würde. Unsere Fraktion hat deshalb im Reichstag einen Antrag auf Aufhebung der §§ 218/220 des Strafgesetzbuches eingebracht. Dieser Antrag stößt nicht nur auf den Widerstand des Bürgerkamps, sondern er wird auch von den Rechtssozialisten zurückgewiesen als "verfrüht".

Trotz des furchtbaren Tiefstandes unserer Volksgesundheit hält man es also für "verfrüht", unzählige Frauen vor Krankheit, dauerndem Siechtum und viele auch vor dem Tod zu retten. Denn nichts anderes bedeutet die Annahme unseres Antrages. Er bezweckt, daß an Stelle der Eingriffe nichtfachverständlicher Personen, der Arzt das Recht hat, eine nicht gewünschte Geburt zu verhindern. Man wird heute das selbstverständliche Recht auf Kontrolle der Geburten den Eltern nicht mehr beschränken können und es ist deshalb lächerlich, eine einzige Form der Geburtenkontrolle unter schwere Strafe zu stellen. Noch dazu, da gerade diese Bestrafungen von den schwersten gesundheitlichen Nachteilen für die Frauen sind.

### Rätenachrichten.

#### Arbeiterräte, wie führt Ihr die Sozialisierung durch?

Von Dr. Alfons Goldschmidt (Buchverlag "Räte-Bund", Berlin NW. 6). (Fortsetzung.)

Aber auch damit ist es noch nicht getan. Die Betriebe brauchen Mittel. Woher erhalten sie diese Mittel? Sie erhalten diese Mittel von den nationalisierten Banken, von der Volkskreditzentrale oder ihren Filialen. Eine grundsätzliche Aufhebung des Privateigentums ist nicht möglich, ohne Zentralleitung des Geldumlaufs und des Kreditumlaufs. Es ist ein Grundfehler aller Sozialisierungsversuche und Sozialisierungsunternehmungen, aller Teil- und Gesamtpläne, die Nationalisierung der Banken nicht zu verlangen. Im Augenblicke der Privateigentumsbeseitigung, der Ueberaufsichtigung, muß auch der Geldmittelumlauf, der Kreditumlauf allgemein, übersichtlich geleitet werden. Jede Privatgelb-

leitungstätigkeit, Gelbanlage- und Gelbbeimhaltungstätigkeit muß aufhören, da sie die Gesamtarbeit, die Ueberlicht, die wirkliche Sozialisierung stört. Man kann unmöglich das immobile und mobile Vermögen der Volkswirtschaft privateigentumslos machen, ohne das Geldkapital zu erfassen. Man muß sofort die Sicherheit haben, daß allen produktionswürdigen Betrieben genügend Mittel zugeführt werden können, und daß die überschüssigen Mittel zwecks Wiederaufführung an die produktionswürdigen Betriebe der Volkskredit-Zentrale oder ihren Filialen eingezahlt werden. Das Interesse an dem privaten Geldkapital soll ja aufhören, das Einkommen soll rationiert werden. Ohne Ueberlichtklarheit, ohne genaue Bilanzierung, ohne völlige Erfassung und Leitung des Umlaufs ist das nicht möglich.

Wir müssen also wissen: Was braucht dieser oder jener Betrieb an Löhnen, an Gehältern, an Geldmitteln für die Anschaffung von Rohstoffen, von Halbfabrikaten usw. Wir müssen ferner wissen: Was vereinnahmt schätzungsweise ein Betrieb? Was, müssen wir wissen, braucht ein Betrieb an Mitteln und was kann er an die nationalisierte Kreditwirtschaft abführen? Schließlich müssen wir wissen, was die Betriebe an Guthaben, an Forderungen aller Art haben. Wir müssen also sorgen, daß auch derartige Bilanzen aufgestellt werden. Bilanzen, die enthalten: Die für eine bestimmte Zeit notwendigen Mittel, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in den eigenen oder fremden Kassen vorhandenen Mittel. Wenn wir das wissen, so können die Betriebe erschütterungslos weiter arbeiten, weil dann die Lohn- und Gehaltszahlung, die Materialbeschaffung nicht gefährdet ist.

Hier ist eine neue wesentliche Aufgabe für die Arbeiterräte, und nicht nur für die Arbeiterräte, sondern auch für die Räte in den Banken. Wie die Räte in den Betrieben und in der Landwirtschaft mit den Räten der Ueberlichtzentralen, der Rationierungszentralen, der ausgebauten und vervollkommenen Kriegesgesellschaften, die Vermögensbilanzen und die Produktionsbilanzen aufstellen und verechnen müssen, so müssen die Räte in den Betrieben und in der Landwirtschaft zusammen mit den Bankräten das Geldmittelbedarf, den Geldmittelbedarf, den Geldmittelbedarf feststellen. Schon aus diesem Grunde ist die Nationalisierung der Banken notwendig.

Diese Arbeit scheint äußerst schwierig, denn sie erfordert Kenntnis der Geldumlauftechnik, sie erfordert eine hohe Bilanzierungskennntnis. Aber die Bankbeamtenbewegung in Deutschland drängt schon nach der Geschäftskontrolle hin. Sie würde ebensowenig wie die Arbeiterrätebewegung nach der Geschäftskontrolle hindrängen, wenn die Bankbeamten nicht die Leistungsbereitungen hätten. Sie wissen oder sie fühlen, daß sie die Kontrolle ausüben können. Die von den Räten, vom Volksganzen beauftragten Leitungen müssen ihnen dabei helfen. Sie werden, mit Ausnahmen, ihnen dabei helfen. Und wenn sie ihnen nicht dabei helfen, so wäre das auch noch keine Zertrümmerung der Zirkulation. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, die Nationalisierung der Banken nähme uns die Zirkulationsmittel. Sie nimmt uns die Zirkulationsmittel nicht. Sie vereinfacht im Gegenteil die Geldzirkulation, sie macht sie übersichtlich, und es kommt alles nur auf das Funktionieren im Zwischenstadium an. Das ist Sache der Beherrschten, des Zugewandten, der gewollten, der energisch gewollten Planmäßigkeit. Einmal muß ja die Ueberlichtleitung der Gesamtwirtschaft und des gesamten Geldumlaufs kommen. Man muß nur überzeugt sein, daß sie zu schaffen ist, dann ist sie auch durchzuführen.

Die Räte in den Betrieben, der Landwirtschaft, die Räte überall, alle Räte, zusammen mit den Räten in den Ueberlichtzentralen, die sich in eine Zentrale hinein auswachsen, in eine Gesamtwirtschaftszentrale, müssen also die Wirtschaft inventarisieren, und die Räte zusammen mit den Bankräten müssen den Geldumlauf, den Geldmittelumlauf inventarisieren. Danach muß gehandelt werden. Die Aufgabe ist ungeheuer, aber ihre Lösung ist möglich. Ihre Lösung ist möglich auch ohne Stilllegungen produktionswürdiger Betriebe. Und wenn Inventarisierungspausen sein müssen, so ist das auch noch keine Vernichtung der Wirtschaft.

Fortsetzung folgt.

### Aus der Provinz.

#### Bersammlungen der U. S. P.

In Dels fand am 14. Juli eine Bersammlung der U. S. P. statt, in der Genosse Schirbewan-Breslau über das Thema: "Warum ist die U. S. P. nicht in die Regierung eingetreten?" referierte. In der Diskussion sprach ein Rechtssozialist sogar im Sinne des Referenten, ein Zeichen des großen Eindruckes des Referates.

Im Kreise Bunzlau sprach Genosse Wenzel in vier Ortschaften in gut besuchten Bersammlungen, die alle einen großen Erfolg für die U. S. P. zeitigten. Also auch hier geht es vorwärts.

### Locales.

#### Breslau, den 20. Juli.

#### Die Verhaftung beim Freikorps Aulock.

Von amtlicher Seite wird geschrieben: "Der Polizeipräsident hat im Einvernehmen mit dem Herrn Untersuchungsrichter beim Landgericht Breslau untern 19. 6. 20 eine erneute Aktion zur Durchführung der gegen Angehörige des Freikorps Aulock erlassenen Haftbefehle eingeleitet."

Nachdem es den mit der Durchführung der Verhaftung beauftragten Beamten des Polizeipräsidentiums gelungen war, den Freikorps-Führer Aulock, wie bereits bekannt, in Berlin zu verhaften, wurden am 14. 7. 20 auch die übrigen Angehörigen des Freikorps, gegen welche Haftbefehle vorlagen, außer Bizefeldweibel Großpietsch, verhaftet und in das Untersuchungs-Gefängnis nach Dresden eingeliefert. Die Ueberführung nach Breslau steht bevor.

Unter den Verhafteten befinden sich außer Aulock 3 Offiziere (darunter Leutnant Jordan), 5 Unteroffiziere (darunter der Offizier-Stellvertreter Walter und der Oberjäger Biskup) und 2 Mann (darunter der Gefreite Bröffel).

Der Bizefeldweibel, Elektro-Monteur, Erich Großpietsch, geb. am 27. 10. 1898 zu Breslau ist bereits am 12. oder 13. heimlich vor seiner Verhaftung geflüchtet, trotzdem der stellvertretende Führer des Freikorps versichert hatte, daß keine der in den Haftbefehlen genannten Personen bis zur Auflösung sich von der Truppe entfernen d. h. die Lagergrenze überschreiten werde. Einzelheiten über die Verhaftung selbst werden wohl durch die in den nächsten Wochen stattfindenden Gerichtsverhandlung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen.

Es muß bemerkt werden, daß die mit der Durchführung der Verhaftung beauftragten Kriminalbeamten große Schwierigkeiten zu überwinden hatten. Der stellvertretende Führer des Freikorps hatte sich für die Sicherheit der Beamten verbürgt, so daß es zu tödlichen Angriffen gegen dieselben nicht gekommen war. Die Bürgschaft wurde aber am 14. 7. 20, dem Tage der Verhaftung, seitens des stellvertretenden Führers zurückgezogen, weil er seine Truppe nicht mehr in der Gewalt haben wollte."

Die Verhaftung der in Betracht kommenden Aulock-Banden wäre also endlich erfolgt. Hoffentlich wird der Termin der Gerichtsverhandlung nicht so lange — wie die Verhaftungen — hinausgeschoben und hoffentlich enden sie nicht mit dem für kaiserlich-königliche Offiziere und Mannschaften obligaten Freispruch, wie es bis jetzt in der deutschen Republik Schandmode war.

### Blüten aus der hiesigen kapitalistischen Presse.

I. "Breslauer Zeitung", Leitartikel in der Sonntagnummer über den neuen Reichstag:

"Der beste Mann der Sozialdemokratie, auch wo er in die Irre ging, eine Erscheinung von historischen Mäßen, Rosa Luxemburg, fehlt. Ihm, dem auch das Bürgerturn nicht gerade freundlich mitgespielt hat, wird wohl erst eine spätere Zeit gerecht werden."

II. "Volksmacht", Leitartikel "Polen und Rußland":

"Gewiß hätten wir gegenüber den Polen Anlaß zur Schadenfreude, aber eine Politik der Schadenfreude ist eine unmenschliche und kurzfristige Politik. Können wir, die wir wissen, wie es einem zumute ist, wenn er in hoffnungsloser Niederlage einem übermächtigen Sieger gegenüber steht, einem anderen Volke, das in gleiche Lage geraten ist, unser Mitgefühl verlagern? Wäre es nicht höchst kurzfristig, den Siegeszug Sowjet-Rußlands mit Genehmigung zu verfolgen, ohne zu bedenken, welche Wirkungen er auf unser eigenes Land ausüben kann?"

III. "Schlesische Tagespost", Leitartikel vom 14. Juli

"Wahlbetrachtungen des Herrn von Hegdebrand": "Für uns Konervative ist inzwischen kein Grund, an unseren menschlich unübertrefflichen, politisch immer mehr gewürdigten Grundsätzen und Zielen zu zweifeln. Vor allem kommt es nur darauf an, unsere Jugend für unsere Aufgabe neu zu begeistern. Unsere Stunde wird wieder kommen. Wer in der Politik nicht warten kann, taugt dafür nicht und ist kein rechter Gefolgsmann einer Partei, die eben auch in schweren Zeiten den Kopf oben behalten muß, wenn sie ihr politisches Recht auf Dauer zum Segen des Ganzen nicht verlieren soll."

IV. "Schlesische Zeitung", Sonntag-Ausgabe: "Die Entwaffnung Deutschlands":

"In erster Linie müssen denjenigen radikalen Elementen die Waffen abgenommen werden, die sich unrechtmäßig durch Plünderung und Raub in ihren Besitz gesetzt haben, und deren einziges Bestreben es ist, in Deutschland alles von oben zu unter zu kehren. Man beginne aber nicht mit den politisch farblosen Organisationen wie Einwohnerwehren usw., die sich als einziges Ziel ihres Wirkens die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, sowie den Schutz der Verfassung gesetzt haben."

"Man täusche sich über die Stimmung der ordnungsliebenden Bevölkerung in Stadt und Land nicht. Sie hat den Segen der bisherigen Einrichtungen zur Genüge kennen gelernt. Sie wird sich zur Herausgabe der Waffen nur dann verstehen, wenn die unbedingte Gewähr dafür besteht, daß die Aufgabe des Selbstschutzes nicht gleichbedeutend ist mit Gefährdung von Leben und Eigentum."

(Die Sammlung wird fortgesetzt.)

### Ist das wahr?

Uns wird geschrieben: Der Bäckermeister Paul Heintze, Bismarckstraße 4, verkauft (ohne Marken) weißes Brot, 4 Pfund für 10 Mark. Die Semmel ist so schlecht, daß man annehmen kann, daß er das Mehl, wovon er sie herstellen soll, zu dem marktfreien Weißbrot verwendet. Eine Klärung des Falles ist dringend erforderlich.

### Der Jahresabschluss der Stadthauptkasse.

Der Jahresabschluss der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1919 ergibt einen Ueberschub des Stadthauptkassens von 9 157 687,29 Mk. Der Betrag wird auf neue Rechnung vorgetragen und dient zur teilweisen Deckung derjenigen Fehlbeträge, die in Höhe von mehr als 13 Millionen Mark allein nach den bisher gefassten Beschlüssen der hiesigen Körperschaften an Mehrausgaben für Besoldungen, Tagegelde, Vergütungen und Löhne im Rechnungsjahre 1920 zu erwarten sind.

In der heutigen Zeitung befindet sich ein Inserat des Reichshandels für Herren- und Knabenbekleidung (Ortsgruppe Breslau), worin bekannt gemacht wird, daß für Herren- und Knabenbekleidung, sowie für Stoffe eine bedeutende Preisermäßigung eingetreten ist.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Inserate Fritz Ubrich; Druck: Buchdruckerei Hübel & Danigel, Smullä in Breslau.



**Stadttheater.**  
Sopran des Berliner  
Operntheaters  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Missa.  
Missa in 4 Akten von  
Edvard Grieg.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Missa.

**Johr-Theater.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Pygmalion.

**Chalia-Theater.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Der junge Zar.

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne. II. R. 2545  
Dienstag und Donnerstag  
7 1/2 Uhr:  
Die Schöne von Athen.

**Die Frau Minister-  
präsident.**  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Die Frau Minister-  
präsident.

**Der Graf  
von Luxemburg.**  
Samstag 7 1/2 Uhr:  
Der Graf  
von Luxemburg.

**Ihre Hoheit  
die Tänzerin.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Ihre Hoheit  
die Tänzerin.

**Schwarzwalddädel.**  
Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Ihre Hoheit  
die Tänzerin.

**Viktoria-  
Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Alma, wo  
wohnt Du?

**Figaro-  
Theater**  
Bischofstraße 4/5  
Fernspr. Ohje 1769.  
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:  
Saltzammer  
Nummer Elf  
Russisches Ballett  
Cesary Kitzman  
Keie Weizwang.

**LIEBICH-  
Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Zur  
wilden Hummel!  
Operettenposse in  
3 Akten  
mit Paul Westermeyer  
Betty Feiner  
und Berliner Original-  
Besetzung.

**Zeltgarten**  
Dir. Haus Krusnik  
im herrl. Garten.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Ab 16. 7. 20.  
das neue  
Schlager-  
Programm!

**Ober-Bayern**  
Gartenstr. 65  
Anfang  
Neue Kapelle  
6 Uhr  
Täglich Konzert  
Damen-Streich-  
Orchester  
Dir. P. Schütz.

**Kranke**  
Krankheiten, Haut- und Ge-  
schlechtskrankheiten behandelt  
mit Erfolg. Viele bewährte  
Anordnungen von ausge-  
übten Ärzten.  
Heilwunder Fr. Jockische,  
Palaststr. 22, II. St. Ohje 121  
2-3, 2-3, Sonntag 2-12

**Kabarett Kakadu**  
Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengrzik.  
Heute und folgende Tage:  
**Großer Soubretten-Wettstreit  
um den goldenen Kranz**  
Anfang 8 Uhr. Noch nie dagewesen! Anfang 8 Uhr.

**Eden  
Theater**  
Lichtspiele  
in höchster Vollendung  
Nikolaistrasse 27.  
Dienstag u. Donnerstag:  
Die gr. Sensation  
Zwischen Himmel  
und Erde  
Der Roman eines  
wahrwitzigen Desautrich  
in den Lüften  
**?? Wer ??  
ist Zwiebelbaum?**  
Eine bessere Geschichte  
in 2 Akten

**Spook-  
Schauspiele**  
Neudorfstrasse 35.  
Dir.: C. Schütz.  
Dienstag bis Freitag  
Ein Hochzeits-  
morgen  
Glimmerdes Geschehnisses  
in 4 Akten  
**Fluch  
dem Schicksal**  
Hochspannender  
Original-Filmroman in 4 Akten  
Ticke-Tack-Lustspiel  
Liebesirrgängen  
in 2 Akten

**Ben-  
Schlippe**  
Heinrichstr. 21/22.  
Garten, Elyg. Nikolaistr. 1.  
Rätsel des  
menschlichen Lebens  
nach dem Roman  
Der  
**Tänzer**  
3 Akte  
2 große Teile  
in einem Programm  
Der tolle Schwank  
**Othello i. Nöten**  
Fern:  
Das entzückende  
Lustspiel  
**Wie man eine  
Braut bekommt!**

**Geb. Meister**  
Albrechtstrasse 40  
Bekleidungshaus  
für  
Herren u. Knaben  
aus eigene Fabrikation.

**Alimentalie**  
kauft zu höchsten Tages-  
preisen  
**Jüngling**  
Gartenstr. 4.

**Militär-  
Mäntel, Blusen, Hosen,  
neu und gebraucht;  
Neue gute Entlohnungs-  
u. selbstg. Klänge;  
Neue Stiefel u. Schuhe  
samt:**  
**Max Hadamek,**  
Breslau V,  
Brandenburgerstr. 9 III.

**Gummiwaren**  
Leibbinden, Monatsbinden,  
Spüllspitzen, Zuspensorien,  
Dauerwäfige  
**H. Klose,**  
Breslau I, Nikolaistr. 79.  
3. Haus vom Ring.

**Wilmestelle**  
kauft und zahlt  
höchsten Preis  
**Otto, Kohlenstr. 8.**

**Enorm  
herabges. Preise.**  
Einige Beispiele  
**Kostüme**  
früh b. 250, jetzt 118 M.  
früh b. 450, jetzt 205 M.  
früh b. 600, jetzt 258 M.  
früh b. 1000, jetzt 555 M.

**Mäntel u.  
Jacken**  
früh b. 225, jetzt 89 M.  
früh b. 400, jetzt 155 M.  
früh b. 600, jetzt 225 M.  
**Kleider**  
früh b. 225, jetzt 89 M.  
früh b. 350, jetzt 125 M.  
früh b. 500, jetzt 175 M.  
Selbst für denverwän-  
desten Geschmack.  
**Regenmäntel,  
Blusen, Röcke**  
Jetzt stausend billig.  
**Breslaus  
bekanntes Exportgeschäft**

**Aschner**  
55 jetzt nur  
Albrechtstr.  
1 u. 3. Stock  
Spezial-Geschäft

**Uhren** kauft od. repariert  
Fein, Paradiesstr. 6

**U. S. P. D., Ortsgruppe Breslau.**  
**Öffentliche  
Volksversammlung**  
am Freitag, den 23. Juli 1920,  
abends 7 Uhr, im Kronprinzen,  
Bestendstraße 50.  
Thema:  
**Stoffkampf oder Wählerkampf?**  
Referent: Genosse Hermann Müller.  
Erweiter, Tagelöhler erhebt in Wäfler!  
Der Ortsrat.

**Veranstaltungskalender der U.S.P.D.**  
Ortsgruppe Breslau.

Diese Woche folgende Veranstaltungen:  
**Mittwoch, abends 7 Uhr**  
**Nähtagung**  
in den Eisenfäden, Friedrich-Richth-Str. 32.  
**Donnerstag und Freitag**  
**Diffriktabende.**  
Nähtage darüber in nächster Nummer.  
**Freitag, außerdem öffentliche Versammlung.**  
(siehe heutiges Journal und Plakat.)

**Diffrikt 3, Neuplatz 27,**  
am Dienstag, den 20. Juli, abends 7 Uhr,  
außerordentl. Diffriktversammlung  
mit Beratung über Diffriktfragen.

**Diffrikt 3a,**  
Diffriktabend jeden 1. jeden Donnerstag  
bei Konietzky, Kleischmarktstraße 16, 10. St.  
Dieser Donnerstag wichtiger Diffriktabend.  
Referent: Genosse Schälich.

**Diffrikt 4,**  
Gellhornstraße 21 bei Schütz.  
Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr  
**Große Mitgliederversammlung.**  
Referent: Genosse Baak.  
Für Genosse dort sitzen. Der Diffriktreferent.

**Diffrikt 5,**  
Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr  
im Lokal „Lindenblüte“, Königgrüherstr. 10  
**Dringende Diffriktversammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Diffriktteilung.  
2. Arbeitslohn — Lohnabzug.  
3. Beschäftigung.  
Referent: Genosse Glowacki.  
Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist dringend notwendig.

**Suprate haben in der „Ghlej. Arb.-Ztg.“ den größten Erfolg!**

**Von besonderem Interesse für Verbraucher!**

Nebenstehende Firmen haben beschlossen, für  
**Herren- und Knaben-  
Bekleidung u. Stoffe**  
eine der  
**augenblicklichen Lage**  
entsprechende  
**bedeutende  
Preisermäßigung**  
eintreten zu lassen. Dieser Beschluß wurde gefaßt,  
um den Verbrauchern zu zeigen, daß der Einzel-  
handel bestrebt ist, nach Möglichkeit einen  
Preisabbau herbeizuführen.

**Reichsverband für Herren- und  
Knaben-Bekleidung** Ortsgruppe  
BRESLAU

Chorinski & Jacobsohn, Rouscho-  
straße 60/61.  
Friedländer & Co., Schmiede-  
brücke 58.  
S. Gontzky, Ohlauerstr.  
Eingang Altbäckerstraße.  
W. Hamburger & Co., Schweid-  
nitzer Straße 9.  
Jal. Henel, vorm. C. Pochs, Am  
Rathaus 26.  
A. Hohmuth's Nchf., Friedrich-  
Wilhelmstraße 93.  
Adolf Jacobssohn, Klosterstraße 51.  
J. Karpe, Albrechtstraße 55.  
Gustav Krauerhase, Neumarkt 45.  
Adolf Kreuzberger, Rouschestr. 7.  
W. Langer, Gräbischer Straße 18.  
Gehr. Lachmann, Rouschestr. 57.  
Gehr. Melster, Albrechtstraße 49.  
Messow & Waldschmidt G. m. b. H.,  
Schmiedebrücke 57.  
Berthold Meyer, Bohrauerstraße 71.  
Leo Nathan, Neue Schweidnitzer  
Straße 6.  
L. Prager, Albrechtstraße 51.  
Ed. Proskauer Nchf., Schmiede-  
brücke 66.  
B. Richter, Ohlauer Straße 18.  
N. Steinitz Jr., Albrechtstraße 57.  
Geb. Talerka, Ring 47.  
D. & B. Wollmann, Gartenstraße,  
Ecke Taschenstraße.  
Moritz Wagner, Friedrich-Wilhelm-  
straße 60.

**Achtung! Wo?**  
kauft man neue und gebr.  
Möbel sowie ganze Ein-  
richtungen am billigsten  
und vorzüglichsten?  
Bei **H. Kluge,**  
Neumarkt 12, nur I. Etg.

**Grünen!**  
Ligori, Dealter Schutz,  
nur Nr. 15, West nati-  
onalschokolade „Kraus-  
heit“ nur Nr. 10, exten-  
siert nur Nr. 15, Sen-  
sationeller nur Nr. 5.  
Erfolg in 3-4 Tagen.  
Berl. p. Mach. Berjand's  
„Kette“, Langen-  
str. 22, Sigmund, Prospet  
geg. Hühn.

**Wichtig! Streikpaare!**  
21. Etg. u. Neuplatz 490  
21. Etg. 490  
12. Etg. 135, 2. Etg. 45 225  
2. Etg. u. Watz. u. 8. 780  
1. Etg. 7. Etg. 650  
Preis 24 2635  
M. Giesel, Erdbeerstr. 23.

**Bilanz  
des Sozialistischen Verlages**  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht  
zum 31. Dezember 1919.

Aktiva.		Passiva.	
M	S	M	S
Kassa-Konto		Guthaben der Genossen	2 583
Bank-Konto	1 589 79	Eintrittsgelder	140
Ronto-Korrent-Konto:		Konto-Korrent-Konto:	
Laufende Forderungen	1 509 15	Laufende Rechnungen	11 884 20
Darlehens- Diverse	210	Darlehens-Schulden	8 999 54
Strenge Forderungen	1 043 20	Buchhandlungs-Schulden	2 124 15
Außenstände:		Diverse Schulden	92 52
Finzerate	7 437 25	Streitige Schulden	28 066 26
Abonnenten	2 650 74	Gewinn- und Verlust-Konto	4 101
Strassenhändler	327 60		3 435 66
	10 420 59		
Abzugsreibung 20 %	2 084 10		
Befände:			
Papier	3 626 90		
Buchhandlung	2 220 67		
Inventar	999 98		
Abzugsreibung 10 %	999 99		
	8 999 09		
	33 265 19		33 265 19

**Gewinn- und Verlust-Konto**

M	S	M	S
Zeitungsdruck	57 980	Finzerate	25 049 78
Druckkosten	4 891 05	Abonnements	15 831 44
Papierverbrauch	16 146 40	Strassenhändler	9 102 06
Bohrgelühren, Porti	5 340 47	Auswärtige Vertreter	6 544 45
Gehälter	33 411 73	Diverse	1 813 33
Bürobedarf, Unkosten	1 873 98	Buchhandlung, Gewinn	211 29
Allgemeine Unkosten	11 574 72	Papierforderung an Druckerei	5 490
Abzugsreibungen:		Zuschüsse d. Parteivorstandes, Berlin	
10% auf Inventar	999 99	Zuschüsse des Genossen Schottländer	48 000
von 9 998 98			78 000
20% auf Außenstände	2 084 10		
von 10 420 59			
	3 083 99		
Druckereischadigungen für Verbote	3 000		
Bedarf durch Druckerei- Genossenschaft	914		
Gewinn- und Verlust-Konto:			
Gewinn	3 435 66		
	141 652 90		141 652 90

Breslau, den 12. Juli 1920.  
Vorliegende Bilanz ist von uns geprüft und in Ueber-  
einstimmung mit den Büchern befunden worden.  
Der Aufsichtsrat  
gezeichnet: Max Markus, Joseph Loepfer,  
Richard Dawe, Alfred Gimm, Frih  
Brodel, Frih Langner, Erich Schirner,  
Gustav Lucas, Hermann Kühn.

Breslau, den 8. Juli 1920.  
**Sozialistischer Verlag**  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter  
Haftpflicht  
gezeichnet: Max Schirner, Gdert.

**Achtung!**  
Diffriktteilung — Diffrikt 5.  
Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr  
im Lokal „Lindenblüte“, Königgrüherstr. 10  
**Dringende Diffriktversammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Diffriktteilung.  
2. Arbeitslohn — Lohnabzug.  
3. Beschäftigung.  
Referent: Genosse Glowacki.  
Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist dringend notwendig.